

© **Schwerpunkt »Landwirtschaft & Ernährung für eine Welt im Umbruch«**

Weniger Tiere – mehr Tierschutz

Der Umbau der Tierhaltung als zentraler Beitrag zur Transformation von Landwirtschaft und Ernährung

von Thomas Schröder

Die große Mehrheit der Bevölkerung ist mit der aktuellen Form der landwirtschaftlichen Tierhaltung nicht einverstanden. Konkrete Vorschläge zum Umbau der Tierhaltung liegen seit Jahren auf dem Tisch und die Regierung hat in ihrem Koalitionsvertrag versprochen, sie werde die Landwirtinnen und Landwirte dabei unterstützen, die Nutztierhaltung in Deutschland artgerecht umzubauen. Die Nutztierhaltung hierzulande und in Europa um- und abzubauen, ist nicht nur aus Sicht des Tierschutzes dringend erforderlich. Es ist auch aus Gründen des Umwelt- und Klimaschutzes nötig und sollte das Kernelement für die Transformation des gesamten Landwirtschafts- und Ernährungssystems sein.

Aus Sicht des Tierschutzes sollte kein Tier für den menschlichen Nutzen leiden oder sterben.¹ Angesichts des immensen Tierleids in der agrarindustriellen Tierhaltung scheint diese Forderung vermessen; der Anspruch wird nur Schritt für Schritt zu erreichen sein. Doch die große Mehrheit der Bevölkerung ist mit der aktuellen Form der landwirtschaftlichen Tierhaltung nicht einverstanden. Viele fordern einen anderen Umgang mit Tieren. Immer mehr Menschen ernähren sich mit weniger tierischen Produkten oder vermeiden sie gar ganz. Das gibt Hoffnung.

Auf politischer Ebene ist das Anliegen inzwischen angekommen, zumal die industrielle Tierhaltung der westlichen Industriestaaten in der Sackgasse steckt. Die individuelle »Leistung« von Milchkühen, Hühnern und Schweinen lässt sich nicht ewig weiter steigern. Die Hochleistungszucht hat zu massiven gesundheitlichen Problemen bei den Tieren geführt und die landwirtschaftliche Tiernutzung in Europa ist mit sehr viel Tierleid sowie mit hohen Belastungen für Umwelt und Klima verbunden. Die europäische Tierhaltung zur Fleisch-, Eier- und Milchproduktion verursacht weltweit Schäden. Hierzulande reichen die Flächen schon lange nicht mehr aus, die riesigen Tierbestände zu ernähren. Ein großer Teil des Tierfutters wird importiert, meist aus Übersee. Rund 80 Prozent der weltweiten Sojaernte landen im Trog von Tieren. Die gravierenden Folgen sind bekannt: Flächenverbrauch für den Anbau von Mais, Soja und

Weizen für die europäische Futtermittelindustrie in riesigen Monokulturen, Stickstoffüberdüngung, Zerstörung von artenreichen Regenwäldern und lokaler Anbaumethoden, Artenschwund und Klimanotstand. Dabei ist der Anbau von Futterpflanzen auch noch höchst ineffektiv für die Versorgung der Bevölkerung: Um eine Kalorie Hühnerfleisch zu erzeugen, müssen zwei pflanzliche Kalorien verfüttert werden. Bei Schweinefleisch, Milch und Eiern sind es drei verfütterte Kalorien für eine gewonnene und beim Rind sogar sieben.²

»Die Menschheit vereinnahmt die Biosphäre der Erde und reduziert deren Vielfalt«, kritisiert der Club of Rome 50 Jahre nach dem Erscheinen von *Die Grenzen des Wachstums* in seinem Bericht *Earth for All*. Auf die Biomasse bezogen umfasse der weltweite Viehbestand das 15-Fache der wild lebenden Säugetiere.³ Der Erhalt der Biodiversität ist die wichtigste Grundlage für menschliches Leben auf der Erde und für unsere Ernährungssicherheit, doch das Wissen darum wird bei der industrialisierten landwirtschaftlichen Produktion ignoriert. So darf es nicht weitergehen und auf Aktivitäten der EU müssen wir nicht warten.

Vorschläge liegen auf dem Tisch

Nach Jahrzehnten interner und öffentlicher Debatten mit Gleichgesinnten in den Verbänden, mit Land-

wirtinnen und Landwirten, politischen Akteur:innen sowie in immer neuen politischen Arbeitskreisen und Kommissionen der wechselnden Landes- und Bundesregierungen liegt mit den Beschlüssen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung (kurz: Borchert-Kommission) seit Februar 2020 ein Vorschlag zur Transformation der Landwirtschaft auf dem Tisch, den Landwirtinnen und Landwirte für praktikabel und Jurist:innen für machbar halten.

Der Umbau der Tierhaltung in Deutschland – hin zu mehr Tierschutz und Umweltschutz – solle schrittweise und tierartspezifisch mit gleichzeitiger Anhebung der »Tierwohl-Standards« erfolgen. Die Mehrkosten kalkulierte das Gremium auf bis zu 3,6 Milliarden Euro bis zum Jahr 2040. Die höheren Kosten könnten laut Borchert-Kommission mit einer Verbrauchssteuer auf tierische Produkte gedeckt werden, beispielsweise 40 Cent pro Kilogramm Fleisch, zwei Cent je Kilogramm Milch und Eier und 15 Cent je Kilogramm Käse, Butter und Milchkpulver. Landwirtinnen und Landwirte sollen durch Verträge, die der Staat mit ihnen schließt, Planungssicherheit erhalten.⁴

Seit März 2021 liegt auch die Politikfolgenabschätzung des Thünen-Instituts zu den Vorschlägen der Borchert-Kommission vor. Das Institut hatte abgeschätzt, wie das Ziel »Mehr Tierwohl für alle Nutztiere bis 2040« erreicht werden könnte, welche tierwohlbedingten Mehrkosten zu erwarten wären, wie diese gedeckt werden könnten, wie hoch der Bedarf an Fördermitteln für die Landwirtschaft wäre und welche wirtschaftlichen Auswirkungen der angestrebte Transformationsprozess habe könnte.⁵

Ende Juni 2021 legte die 2020 eingesetzte Zukunftskommission Landwirtschaft Bundeskanzlerin Angela Merkel einen Abschlussbericht vor, der auf breite gesellschaftliche Zustimmung stieß. Die Zukunftskommission betont, angesichts der externen Kosten, die die vorherrschenden Produktionsformen mit sich bringen, scheidet eine unveränderte Fortführung des heutigen Agrar- und Ernährungssystems aus ökologischen und tierethischen wie auch aus ökonomischen Gründen aus.⁶ Dass die Finanzierung der gesellschaftlich erwünschten Transformation der Landwirtschaft nicht dem Markt allein überlassen werden kann, wurde immer wieder betont. Doch bis heute mangelt es an einem schlüssigen Finanzierungskonzept.

Immerhin haben SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP in ihrem Koalitionsvertrag 2021 versprochen: »Wir wollen die Landwirte dabei unterstützen, die Nutztierhaltung in Deutschland artgerecht umzubauen« und: »Die Entwicklung der Tierbestände soll sich an der Fläche orientieren und wird in Einklang mit den Zielen des Klima-, Gewässer- und Emissionsschutzes (Ammoniak/Methan) gebracht«.⁷

Tierbestände müssen verkleinert werden

Was im Koalitionsvertrag nicht ausdrücklich gesagt wird: Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Tierbestände an vielen Standorten drastisch verkleinert werden. Darüber, dass die europäischen Tierbestände abgebaut werden müssen, sind sich viele einig. Der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft plädierte bereits 2015 für eine umfassende Strategie einer tierechten und umweltfreundlichen Produktion. Die Tierbestände seien mittelfristig zumindest in »Hot-spot-Regionen« zu reduzieren.⁸

Dass die Größe der Tierbestände sich an der vorhandenen Fläche für Weidehaltung und Futteranbau orientieren und zwei Großvieheinheiten pro Hektar nicht überschreiten sollte, fordern die Verbände des AgrarBündnisses seit Jahren. Auch die Zukunftskommission empfiehlt, die Tierhaltung an die vorhandene Fläche zu binden und weist darauf hin, dass die Reduzierung des Konsums tierischer Produkte mit einer weiteren Verringerung der Tierbestandszahlen einhergehen werde. Wirksame Mechanismen zur Sicherung eines auskömmlichen Einkommens für die Tierhalter:innen seien unumgänglich.⁹

In den Niederlanden hat die neue Regierung einen 25-Milliarden-Euro-Plan vorgestellt, mit dem sie den Viehbestand im Land radikal reduzieren will und damit heftige Proteste ausgelöst. Landwirtinnen und Landwirte lehnen das Vorhaben ab.¹⁰

Umbau kann nur gemeinsam gelingen

Der Um- und Abbau der Tierhaltung kann zwar nur Schritt für Schritt gelingen, dennoch ist Eile geboten. Landwirtinnen und Landwirte, die auf Grundlage der Zucht, Aufzucht, Mast und Haltung von Hühnern, Schweinen oder Rindern und mit der Vermarktung tierischer Produkte ihre Familien ernähren, brauchen eine wirtschaftliche Perspektive und auf längere Sicht eine Alternative zur Tierhaltung.

Die Bundesregierung ist gefordert, ein Finanzierungskonzept vorzulegen, das über die geplante Anschubfinanzierung bis 2026 hinausgeht. Dass die Ampelregierung eine Milliarde für den tierechten Umbau der Ställe unter Tierschutzgesichtspunkten zugesagt hat, ist zwar zu begrüßen und dass von dem Geld nun auch laufende Investitionen gefördert werden sollen, ebenfalls. Doch so schön der erweiterte Spielraum klingt, so handelt es sich doch lediglich um eine Variante des Spiels »linke Tasche, rechte Tasche« – es gibt keinen einzigen Cent mehr für Tierschutz. Die Fördersummen müssen mit einem klaren Ziel verbunden und erheblich erhöht werden. Andernfalls wird keine Transformation gelingen.

Schritt in die richtige Richtung – aber unzureichend

Tierische Produkte, die deutlich oberhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Mindeststandards erzeugt wurden, transparent zu kennzeichnen, könnte den Prozess hin zu besseren Lebensbedingungen für die Tiere in der Landwirtschaft beschleunigen – allerdings nur dann, wenn die Kriterien deutlich *über* dem gesetzlich vorgeschriebenen Niveau liegen, und auch nur als ergänzende Maßnahme im Rahmen einer Tierschutzstrategie, die auch den Abbau der Tierbestände umfasst. Eine verlässliche Kennzeichnung würde es Konsument:innen ermöglichen, Produkte der niedrigeren Stufen zu boykottieren und Druck auf diejenigen auszuüben, die nicht dazu bereit sind, die Lebensbedingungen ihrer Tiere zu verbessern. Die Verbraucher:innen alleine können das zu schwache Ordnungsrecht nicht auffangen. Hier ist der Gesetzgeber gefordert.

Der Entwurf für ein Tierhaltungskennzeichnungsgesetz, den das Kabinett am 12. Oktober 2022 beschlossen hat,¹¹ ist eine Enttäuschung. Sollte er in dieser Form Bundestag und Bundesrat passieren, wird das Tierhaltungskennzeichen lediglich den Status quo abbilden. Eine von der Bundesregierung gewollte Dynamik hin zu mehr Tierschutz ist nicht erkennbar. Die Kriterien sind zu schwach, entscheidende Bereiche wie Transport und Schlachtung bleiben unangetastet und der Gesetzentwurf bezieht sich nur auf die Haltung von Schweinen.¹² Ob und wenn ja in welchem Zeitraum andere Aspekte und andere Tierarten berücksichtigt werden sollen, ist unklar. Zudem verweigert man mit beschönigenden Bezeichnungen den Verbrauchern die notwendige Transparenz: Die Haltungsform »Stall« etwa suggeriert Bauernhofidylle, bedeutet für Schweine jedoch ein Leben auf Spaltenböden in engen, unstrukturierten Produktionsstätten – mit künstlichem Licht und Luftzufuhr. Dieses Kennzeichen ignoriert den gesellschaftlichen Mehrheitswunsch und erschwert die Diskussion um ernsthaften und nachhaltigen Tierschutz. Käme es in dieser Form durch, wäre das Kennzeichen nur »heiße Luft«. Wir brauchen stattdessen ein Kennzeichen, das Dynamik in das tierschutzwidrige System bringt, mit klaren Zielen: weniger Konsum, weniger Produktion und mehr Tierschutz. Damit die Transformation der deutschen Landwirtschaft hin zu einem Mehr an Tierschutz gelingen kann, müssen die Haltungsformen »Stall« und »Stall plus Platz« mit einem Ablaufdatum versehen werden.¹³

Dass das BMEL jedem Bioprodukt automatisch eine eigene Tierwohlstufe zuordnen will – unabhängig davon, ob die Tiere des Betriebs tatsächlich Auslauf erhalten, und auch dann, wenn Milchkühe in Anbindehaltung stehen – ist fachlich nicht gerechtfertigt.

Die EU-Öko-Verordnung steht für viele wichtige, gesellschaftlich erwünschte Ziele – für gesündere Böden, geringerer Pestizid- und Düngemittleinsatz, für weniger Tierarzneimittel, mehr Biodiversität und Rücksichtnahme auf die Natur. Doch sie garantiert nicht automatisch die Einhaltung höchster Tierschutzanforderungen. Eine ehrliche Differenzierung der Betriebe wäre auch im Biobereich erforderlich, denn entscheidend für das Wohl der Tiere ist neben der Haltungsumwelt auch das Management. Die Qualität der Tierhaltung in einem konkreten Betrieb lässt sich anhand von tierbezogenen Tierwohlkriterien einschätzen.¹⁴ Die Gelegenheit, solche Kriterien in die Tierhaltungskennzeichnung aufzunehmen, hat das BMEL allerdings verpasst – trotz anderweitiger Empfehlung.

Gesamtstrategie gefordert

Um Tierschutz sicherzustellen, muss die Regierung die rechtlichen Mindeststandards für die Zucht, die Aufzucht und die Haltung sowie für den Transport und die Schlachtung aller Tiere in landwirtschaftlicher Haltung deutlich *anheben* und sich auch in der EU dafür einsetzen. Die Borchert-Kommission empfiehlt eine schrittweise Anhebung innerhalb von 20 bis 30 Jahren. Dass die Betriebe ihre Tierhaltungen nicht von heute auf morgen umstellen können, ist verständlich, aber irgendwann sollte es endlich losgehen. Für die landwirtschaftliche Haltung von Rindern (außer Kälbern), Schafen, Ziegen, Puten, Enten und Gänsen gibt es in der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung (TierSchNutzV) bis heute keine Kriterien.

Nach wie vor fehlt auch die Gesamtstrategie für eine gesellschaftlich akzeptierte Tierhaltung in der Landwirtschaft. Abgesehen davon, dass die Lücken geschlossen und die ordnungsrechtlichen Vorgaben erhöht werden müssen, brauchen wir eine zielführende Förderpolitik und Belohnungen für diejenigen, die beim Tierschutz schon jetzt – und zum Teil seit vielen Jahren – vorangehen. Die Pioniere in diesem Bereich, die Bäuerinnen und Bauern des NEULAND-Vereins für tiergerechte und umweltschonende Nutztierhaltung und die Tierhalter:innen, die die Kriterien der Premiumstufe des Tierschutzlabels »Für Mehr Tierschutz« einhalten, dürfen nicht benachteiligt werden.

Seit dem völkerrechtswidrigen Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar 2022 ist es noch schwerer geworden, bei politischen Akteur:innen Gehör für das Anliegen des Tierschutzes zu finden. Die Sorge vor Strom- und Gasausfällen belasten auch die Landwirtinnen und Landwirte – zusätzlich zu ihrer ohnehin schwierigen Gesamtsituation. Um drohender Lebensmittelknappheit zu begegnen, stellt die EU Naturschutzmaßnahmen zurück, ermöglicht es der Landwirtschaft, stillgelegte Flächen, die dem Erhalt

der Biodiversität dienen sollten, wieder intensiv zu bewirtschaften, obwohl davon kein großer zusätzlicher Ernteertrag zu erwarten ist.¹⁵ Die industrielle Tierhaltung zurückzufahren, hätte wesentlich mehr Potenzial.¹⁶

Etwa die Hälfte der Gesamtfläche Deutschlands wird landwirtschaftlich genutzt und die Tierhaltung beansprucht davon den meisten Platz. 58 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen hierzulande stehen nicht der direkten Lebensmittelproduktion zur Verfügung.¹⁷ Friedhelm Taube, Direktor des Instituts für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung an der Universität Kiel, hält für die notwendige Transformation des Agrar- und Ernährungssystems in Deutschland einen Abbau der landwirtschaftlichen Tierhaltung in der Größenordnung von 50 Prozent für erforderlich.¹⁸ Die Tierbestände zu verkleinern, um – vor allem auch weltweit – mehr Flächen für die Produktion von pflanzlicher Nahrung zu gewinnen, wird zurzeit jedoch weder in Berlin noch in Brüssel energisch vorangetrieben.

Neue Wege für die Landwirtschaft

Das Höfesterben weiter zu beschleunigen, kann nicht unser Ziel sein. Bäuerinnen und Bauern, die zum Teil seit Generationen Erfahrung im Umgang mit Böden und Wetterkapriolen haben, werden für neue Formen der Landwirtschaft in Europa dringend gebraucht. Egal, ob sie sich weiterhin für den Anbau von Obst, Gemüse, Getreide und Hülsenfrüchten, für Pilze oder Nüsse, für Agroforstwirtschaft, Regenerative Landwirtschaft, neue Verfahren zur Gewinnung von Biomasse für die Energiegewinnung wie Paludikultur oder für den Anbau klimafreundlicher Dämmstoffe entscheiden. Große Flächen, auf denen bisher Tierfutter produziert wurde, könnten für eine vielfältige, pflanzenbasierte Ernährung eingesetzt werden.¹⁹ Es gilt auch, regionale Strukturen wieder auf- und auszubauen und das Handwerk zu fördern, um die Weiterverarbeitung und Vermarktung der angebauten Produkte sicherzustellen und im Lebensmittelbereich weniger von globalen Lieferketten abhängig zu sein.

Um die Ernährungssicherheit auch in den ärmeren Ländern des globalen Südens zu gewährleisten, müssen hierzulande nicht Millionen Tiere leiden und sterben. Landwirtinnen und Landwirte in Argentinien, Brasilien oder andernorts, die bisher Futter für die europäische Tierindustrie angebaut haben, könnten vielfältige pflanzliche Nahrungsmittel anbauen, die Menschen direkt ernähren.²⁰

Hierzulande würden Flächen für den Ökologischen Landbau frei. In monetären Kategorien betrachtet, liefert die Biolandwirtschaft weniger Ertrag. Die freigebliebenen Flächen ökologisch zu bewirtschaften,

um pflanzliche Nahrung zu gewinnen, hätte jedoch enorme Vorteile – für die Biodiversität, den Aufbau von Humus und die Speicherung von Wasser und Kohlenstoff im Boden. Der Ausstoß von Treibhausgasen würde vermindert,²¹ die Landwirtschaft würde der weiteren Erhitzung des Klimas entgegenwirken²² und sie könnte der lokalen Bevölkerung direkt zugutekommen. Gut geführte landwirtschaftliche Betriebe könnten das Verständnis der Bevölkerung für natürliche Abläufe fördern und zeigen, wie wichtig es ist, natürliche Kreisläufe zu erhalten und *mit* der Natur statt gegen die Natur zu arbeiten.

Zukunftsweisende Ideen fördern

Einige Landwirtinnen und Landwirte experimentieren bereits mit einer Lebensmittelerzeugung ohne Tiere. Die Frage, inwieweit eine Landwirtschaft ohne Nutztiere auskommt, wird zwar kontrovers diskutiert,²³ doch etwa 60 Betriebe weltweit betreiben nach Auskunft des entsprechenden Förderkreises bereits biozyklisch vegane Landwirtschaft – fünf davon in Deutschland, sieben im deutschsprachigen Raum, der Schwerpunkt liegt in Griechenland.²⁴ Sie düngen nicht mit Hornspänen oder Hühnerschnäbeln, sondern beispielsweise mit getrockneten Braunalgen und erzielen mit dem Ökologischen Landbau vergleichbare Erträge.²⁵

Um unseren Bedarf an Eiweiß zu decken, ist keine industrielle Tierhaltung notwendig. Dieser Bedarf lässt sich auch rein pflanzlich decken. Ob die Fleischerzeugung durch Zellkulturen sich in absehbarer Zeit wirtschaftlich durchsetzt und inwieweit sich der Trend zur Erzeugung von pflanzlichen Fleischersatzprodukten fortsetzt, muss sich noch zeigen – auch vor dem Hintergrund, dass diese Produktionsverfahren viel Energie benötigen. Der Markt ist in Bewegung und einige Firmen tummeln sich bereits auf dem Aktienmarkt.²⁶

Als vielversprechend wird die mikrobielle Eiweißherzeugung eingeschätzt.²⁷ Wenn klimaneutral erzeugtes Eiweißpulver überall dort Verwendung fände, wo heute Eipulver eingesetzt wird, würde Milliarden Hühnern ein qualvolles Leben als »Eierproduzenten« in industrieller Tierhaltung erspart.

Politische Maßnahmen, die den Genuss gesunder pflanzlicher Produkte attraktiver machen als den Konsum tierischer Produkte (sog. *nudging*), sollten weiter ausgebaut werden. Beispielsweise die Abschaffung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes für Fleisch, Eier und Milchprodukte – eine Maßnahme, die der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) bereits 2015 vorgeschlagen hat.²⁸ Wenn Kindergärten und Schulen vorangehen, kann gesunde pflanzliche Kost zur Selbstverständlichkeit werden.

Ein Leben ohne Hunger ist ein Menschenrecht. Doch es gibt kein Menschenrecht auf billiges Fleisch in Massen. Die Weltgemeinschaft hat sich vorgenommen, den Hunger in der Welt bis 2030 zu beenden und war auf einem guten Weg. Inzwischen ist der Trend wieder rückläufig und der brutale russische Überfall auf die Ukraine, die Kornkammer Europas, verschlimmert die Situation. Wie die Welthungerhilfe im Oktober 2022 bekanntgab, hungern weltweit bis zu 828 Millionen Menschen.²⁹ Anstatt ärmere Staaten mit Mais- und Sojamonokulturen zu überziehen, um europäische Rinder, Schweine und Hühner zu füttern, sollte die EU sich endlich darum kümmern, dass lokale Gemeinschaften ihre Felder wieder selbst bewirtschaften können, um regional gesunde Nahrungsmittel anzubauen. Das Ziel, den Hunger in der Welt zu beenden, ist erreichbar – aber nicht, solange mehr als ein Drittel der Feldfrüchte weltweit in den Mägen von Nutztieren landet.³⁰

Mit einer drastischen Reduktion der Tierzahlen in der Landwirtschaft und der Förderung alternativer

Formen der Landbewirtschaftung würde die EU nicht nur dem Anliegen des Tierschutzes gerecht werden, sondern auch einen wichtigen Beitrag dazu leisten, das Klima nicht noch weiter aufzuheizen. Der Club of Rome hält es in seinem jüngsten Bericht nicht für erforderlich, dass alle Menschen in den westlichen Industriestaaten zu Veganern werden.³¹ Aus Sicht des Tierschutzes muss hierzulande jedoch letztlich eine Landwirtschaft ohne Nutztierhaltung das Ziel sein.

Folgerungen & Forderungen

- Verbesserung der EU-Gesetzgebung und des nationalen Ordnungsrechts zu Haltung, Transport und Schlachtung sowie Ausweitung auf Tierarten, für die noch keine Vorgaben festgelegt sind.
- Förderungsinstrumente für die Umstellung auf tiergerechtere Haltungsverfahren im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) (Förderungen nur bei einem Mehrwert für die Umwelt, das Klima und den Tierschutz) oder tierschutzorientierter Aus- und Umbau anderer Maßnahmen, z. B. der Agrarförderungsprogramme.
- Abbau von Hemmnissen in der Genehmigung von Auslaufsystemen.
- Verbot des Aufstockens von Tierbeständen insbesondere in viehdichten Regionen.
- Förderung der Abstockung der Tierbestände in den Betrieben.
- Flächengebundene Tierhaltung (maximal zwei Großvieheinheiten pro Hektar und Reduktion der Bestandsgrößen).
- Einführung einer zweckgebundenen Abgabe für tierische Produkte.
- EU-weite verpflichtende Tierschutzkennzeichnung über die gesamte Kette auf hohem Niveau.
- Faire Preise für tiergerechter erzeugte Produkte und Verbot von Billig-Fleisch-Werbung.
- Reduktion des Konsums tierischer Produkte durch Verbraucheraufklärung und Ausbau des Angebots veganer Ernährung.

Das Thema im Kritischen Agrarbericht

- ▶ Mireille Remesch: Der Speiseplan der Zukunft. Die Welt braucht eine gesündere Ernährung – die Empfehlungen der EAT-Lancet-Kommission. In: Der kritische Agrarbericht 2022, S. 334-339.
- ▶ Martin Schulz und Hugo Gödde: Generationenprojekt wartet auf Umsetzung. »Borchert-Kommission« empfiehlt Transformation zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung. In: Der kritische Agrarbericht 2021, S. 66-73.
- ▶ Thomas Schröder: Schluss mit der »Freiwilligeritis«. Aktionsplan für einen nachhaltigen Tierschutz. In: Der kritische Agrarbericht 2020, S. 271-277.
- ▶ Dietlinde Quack unter Mitarbeit von Franz-Theo Gottwald: In Maßen, nicht in Massen! Für eine Ernährung mit weniger, dafür umwelt- und tiergerecht(er) produziertem Fleisch. In: Der kritische Agrarbericht 2020, S. 349-353.
- ▶ Franz-Theo Gottwald und Isabel Boergen: Brauchen wir Tiere? Anmerkungen zur aktuellen Debatte über Fleischverzicht und Veganismus. In: Der kritische Agrarbericht 2014, S. 267-274.

Anmerkungen

- 1 Positionspapier des Deutschen Tierschutzbundes zur Reduktion von Tierbeständen vom 13. November 2020 und »Unsere Mission« (www.tierschutzbund.de/organisation/ueber-uns/).
- 2 Greenpeace: Wie der Anbau von Pflanzen auf Klima und Artenvielfalt wirkt (www.greenpeace.de/biodiversitaet/landwirtschaft/anbau).
- 3 Club of Rome (Hrsg.): Earth for All – Ein Survivalguide für unseren Planeten. München 2022, S. 145.
- 4 Kanzlei Redeker Sellner Dahs für das BMEL nach Beschlüssen des Deutschen Bundestages, der Agrarministerkonferenz der Bundesländer und des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung, im Auftrag der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE): Machbarkeitsstudie zur rechtlichen und förderpolitischen Begleitung einer langfristigen Transformation der deutschen Nutztierhaltung. Berlin/Bonn/Kraainem/Herne 2021.
- 5 C. Deblitz et al.: Politikfolgenabschätzung zu den Vorschlägen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung im März 2021. Thünen Working Paper 173. Braunschweig 2021.
- 6 Zukunftskommission Landwirtschaft: Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft. Berlin 2021 (www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/abschlussbericht-zukunftskommission-landwirtschaft.pdf?__blob=publicationFile&v=15).
- 7 Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP 2021, S. 45 f.
- 8 Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: »Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung«. Berlin 2015 (www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beiraete/agrarpolitik/GutachtenNutztierhaltung-Kurzfassung.pdf%3F__blob%3DpublicationFile%26v%3D2). – Siehe dazu auch: Studie »Landwirtschaft auf dem Weg zum Klimaziel Maßnahmen für Klimaneutralität bis 2045«. Öko-Institut im Auftrag

- von Greenpeace. Hamburg 2021 (www.oeko.de/publikationen/p-details/landwirtschaft-auf-dem-weg-zum-klimaziell).
- 9 Zukunftskommission Landwirtschaft (siehe Anm. 6).
 - 10 Watson: Radikale Reduzierung: Niederlande wollen Tierbestände um ein Drittel abbauen. 8. Februar 2022 (www.watson.de/nachhaltigkeit/nachhaltig%20leben/351646538-tierhaltung-niederlande-wollen-tierbestaende-um-ein-drittel-abbauen).
 - 11 »Entwurf für Tierhaltungskennzeichnungsgesetz vom Kabinett beschlossen – Baustein auf dem Weg zu einer zukunftsfesten Tierhaltung«. Pressemitteilung des BMEL vom 12. Oktober 2022 (www.bmel.de/DE/themen/tiere/tierschutz/tierhaltungskennzeichnung/tierhaltungskennzeichnung.html).
 - 12 Der Einfluss, den die Konsument:innen ausüben können, ist begrenzt. Die Kennzeichnung soll sich zunächst nur auf einen kleinen Bereich der Schweinehaltung beziehen – nur auf die Mast, nicht die Aufzucht. Gekennzeichnet wird nur Frischfleisch, das im Handel angeboten wird. Gastronomie und Außerhausverpflegung bleiben ebenso außen vor wie die gesamte Produktion, die für das Ausland bestimmt ist und das ist im Schweinefleischbereich ein großer Posten.
 - 13 »Tierhaltungskennzeichen ist Etikettenschwindel«. Pressemitteilung des Deutschen Tierschutzbunds vom 12. Oktober 2022.
 - 14 U. Knierim: Höheres Tierwohl – was sind die nächsten Schritte? In: BioTOPP 1 (2022), S. 35 ff.
 - 15 So warnte Norbert Röder, Experte für EU-Agrarpolitik vom Thünen-Institut Braunschweig, am 16. Mai 2022 in einer Anhörung im Bundestagsausschuss für Ernährung und Landwirtschaft davor, von den Vorhaben, die der *Green Deal* der Europäischen Kommission vorsieht, abzulassen. Vor allem ein Aussetzen oder der komplette Verzicht auf die Pflicht zur Stilllegung von vier Prozent der Agrarflächen ab 2023 würde der Artenvielfalt schaden und brächte nicht den ökonomisch gewünschten Erfolg, weil es sich bei den Flächen um Gebiete handelt, die weniger ertragreich seien (www.solarify.eu/2022/05/27/585-kontroversen-ueber-stilllegungen-von-ackerflaechen/).
 - 16 Siehe beispielsweise die Pressemitteilung des Bioland-Landesverbandes Hessen vom 19. April 2022: »Bioland-Betriebe sind resilient in der Futtermittelkrise« (www.bioland.de/verband/landesverbaende/hessen/pressemitteilungen-detail?tx_news_news%5Baction%5D=detail&tx_news_news%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Bnews%5D=5979&useCacheHash=1&cHash=d13fea61852coe3e62c86dbd9b774c00).
 - 17 Greenpeace (siehe Anm. 2).
 - 18 AgraEurope Kompakt vom 14. Oktober 2022: »Welternährung und gesellschaftliche Kosten« – F. Taube: Transformation erfordert Reduktion der Tierhaltung um 50 Prozent (www.agra.de/age-kompakt/ansicht/news/taube-transformation-erfordert-reduktion-der-tierhaltung-um-50-prozent).
 - 19 Einer globalen Simulationsstudie zufolge könnte die Landwirtschaft weltweit zu 60 Prozent auf Ökolandbau umgestellt werden, ohne dafür wesentlich mehr Land zu verbrauchen, wenn Lebensmittelverluste um 50 Prozent und die Ackerfläche für die Futterproduktion ebenfalls um 50 Prozent reduziert würden – mit entsprechender Verringerung der tierischen Erzeugung (um rund ein Drittel). Siehe E. S. Cassidy et al.: Redefining agricultural yields: From tonnes to people nourished per hectare. In: Environmental Research Letters 8 (2013) 034015 (<https://iopscience.iop.org/article/10.1088/1748-9326/8/3/034015/pdf>).
 - 20 Siehe unter anderem: ARD alpha vom 11. November 2021: »Weltacker – Die ganze Welt bekommt ein Feld« (www.ardalpha.de/wissen/umwelt/nachhaltigkeit/weltacker-ackerflaeche-boden-klimawandel-feld-100.html); www.br.de/nachrichten/wissen/biogas-und-fleisch-reicht-dafuer-unsere-ackerflaeche,T1w2PqI). – Siehe auch: »Knappes Getreide: EU kann Exportausfälle der Ukraine ausgleichen«. Greenpeace am 5. April 2022 (www.greenpeace.de/biodiversitaet/landwirtschaft/anbau/knappes-getreide-eu-exportausfaelle-ukraine-ausgleichen).
 - 21 Siehe: Umweltbundesamt: Gefährdung der Biodiversität (22. Juni 2022) (www.umweltbundesamt.de/themen/boden-landwirtschaft/umweltbelastungen-der-landwirtschaft/gefaehrung-der-biodiversitaet).
 - 22 Siehe auch: Aktiv für die biologische Vielfalt – Rechenschaftsbericht 2021 der Bundesregierung zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Naturschutz/rechenschaftsbericht_2021_bf.pdf).
 - 23 »Windisch auf DAF-Jahrestagung – Nutztiere für umwelt- und klimagerechte Erzeugung unerlässlich«. Meldung von Agrar-Europa vom 14.10.2022 (www.agra.de/age-kompakt/ansicht/news/nutztiere-fuer-umwelt-und-klimagerechte-erzeugung-unerlaesslich).
 - 24 A. Gieseke: »Landwirtschaft und vegane Ideale unter einen Hut«. Interview in: DU UND DAS TIER 3 (2022), S. 21.
 - 25 V. Jungbluth: Äpfel der Zukunft. In: DU UND DAS TIER 3/2022.
 - 26 Siehe beispielsweise auf aktien.net: www.aktien.net/kuenstliches-fleisch-aktien-investieren/.
 - 27 G. Monbiot: Saving our bacon. 10. January 2020 (www.monbiot.com/2020/01/10/saving-our-bacon/). – <https://solarfoods.com/>. – D. Leger et al.: Photovoltaic-driven microbial protein production can use land and sunlight more efficiently than conventional crops. In: PNAS 118/26 (2021), e2015025118 (www.pnas.org/doi/10.1073/pnas.2015025118).
 - 28 Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU): Stickstoff: Lösungsstrategien für ein drängendes Umweltproblem – Kurzfassung. Berlin 2015 (www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/02_Sondergutachten/2012_2016/2015_01_SG_Stickstoff_KF.pdf;jsessionid=82379776F47741EE87828583AC43B086.intranet232?__blob=publicationFile&v=2).
 - 29 www.welthungerhilfe.de.
 - 30 Heinrich-Böll-Stiftung, BUND und Le Monde diplomatique: Der Fleischatlas 2021. Berlin 2021 (www.boell.de/de/de/fleischatlas-2021-jugend-klima-ernaehrung).
 - 31 Club of Rome (siehe Anm. 3).



Thomas Schröder
Präsident Deutscher Tierschutzbund e.V.

www.tierschutzbund.de